

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** 51 (2024)  
**Heft:** 6: Grosse Kühltürme und erhitzte Gemüter : die neue Atomdebatte spaltet die Schweiz

**Artikel:** Neuer Anlauf für strengen Klimaschutz  
**Autor:** Peter, Theodora  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1077535>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Neuer Anlauf für strengen Klimaschutz

Am 9. Februar 2025 stimmt das Volk über die Umweltverantwortungs-Initiative ab. Demnach soll die Schweizer Wirtschaft deutlich weniger Ressourcen verbrauchen, um Klima und Umwelt zu schützen. Die Gegner warnen vor einer «Wohlstandsvernichtung».

## THEODORA PETER

Die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen» kommt für die Urheberinnen in einem politisch ungünstigen Klima an die Urne. Erst vor wenigen Monaten scheiterte die Biodiversitätsinitiative in der Volksabstimmung klar (siehe Artikel links). In einer Welt voller Krieg und wirtschaftlicher Unsicherheit haben ökologische Anliegen derzeit offenbar einen schweren Stand. «Wir machen uns nichts vor: Der Abstimmungskampf wird eine grosse Herausforderung», sagt Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen und Sprecherin der Allianz für Umweltverantwortung. Doch habe gerade der vergangene Sommer mit den verheerenden Unwettern gezeigt, wie dringlich der Einsatz für mehr Klima- und Umweltschutz sei. Die Idee für die Umweltverantwortungs-Initiative geht auf das Jahr 2021 zurück, als die Ambitionen der Schweiz im Kampf gegen den Klimawandel einen herben Dämpfer erlitten: Das Volk lehnte das CO<sub>2</sub>-Gesetz an der Urne knapp ab («Revue» 4/2021). Die Jungen Grünen lancierten in der Folge einen neuen Anlauf. Das sei keine Frustration gewesen, betont Erni, sondern dem Bewusstsein geschuldet, «dass es jetzt erst recht vorwärtsgehen soll».

Die Initiantinnen orientierten sich am wissenschaftlichen Konzept der planetaren Grenzen. Klima und Biodiversität sind demnach nur zwei von mehreren Belastungsgrenzen, die bereits überschritten wurden. Auch der Wasserverbrauch sowie der Ausstoss von Stickstoff- und Phosphor liegen über dem für den Planeten erträglichen Mass. Die Umweltverantwortungsinitiative nimmt deshalb die Schweizer Wirtschaft in die Pflicht: Sie soll den Verbrauch von Ressourcen so weit beschränken, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Dieses Ziel soll innerhalb von zehn Jahren erreicht werden. «Wir haben schon zu viel Zeit verloren, um die Klimaziele zu erreichen», begründet Erni diese Frist.

## Bundesrat und Parlament dagegen

Der Bundesrat lehnt die Initiative rundweg ab. Sie würde zu «gravierenden Eingriffen in die Entscheidungsfreiheit» führen, sagte Umweltminister Albert Rösti (SVP). Auch im Parlament stiess das «antiliberale» Anliegen auf eine breite Ablehnung. Bei den bürgerlichen Parteien war gar von einer drohenden «Wohlstandsvernichtung» die Rede. Auch die Grünliberalen erachten die Umsetzung der Initiative als «unmöglich» – insbesondere bei einer Frist von zehn Jahren, welche «rigorose Regulierungen» zur Folge hätte. Im linksgrünen Lager setzte sich die SP vergeblich für einen Gegenvorschlag ohne die umstrittene 10-Jahre-Frist



Die Jungen Grünen Schweiz verlangen mit ihrer 2023 eingereichten Initiative die Respektierung der «planetaren Grenzen». Foto Keystone

ein. Die Parlamentsmehrheit entschied, die Initiative ohne Alternative an die Urne zu bringen.

Erwartungsgemäss stellt sich auch die Wirtschaft gegen die Umweltverantwortungsinitiative. Als «postkapitalistisches Luftschloss» bezeichnet Alexander Keberle, Bereichsleiter Umwelt bei economiesuisse, die Vorlage in einem Blog. Natürlich solle die Schweiz ihren planetaren Fussabdruck weiter reduzieren, «sie muss sich dabei aber nicht gleich selbst zum Entwicklungsland machen». Denn der «extrem tiefe» Ressourcenverbrauch, wie ihn die Initiative fordere, sei vor allem ein Zeichen «extremer Armut», schreibt Keberle in Anspielung auf Länder wie Afghanistan, Haiti und Madagaskar, welche die planetaren Grenzen einhalten. Im Vergleich dazu weise die Schweiz pro Kopf über 80-mal mehr Wirtschaftsleistung aus, während der ökologische Fussabdruck «nur» etwa das Fünffache betrage. Wachstum führe nicht zwingend zu mehr Umweltbelastung, argumentiert der Wirtschaftsvertreter: So habe die Schweiz ihre industrielle Wertschöpfung seit 1990 mehr als verdoppelt – und gleichzeitig die Emissionen um fast die Hälfte gesenkt.

Die Umweltverantwortungs-Initiative ist die einzige Vorlage, über die am 9. Februar abgestimmt wird.